

KD'in Heinze kündigte für die nächste Sitzung einen ausführlichen Bericht über den Sachstand zu den Aktivitäten und Erfolgen des Kommunalen Integrationszentrums (KI) in den letzten zwei Jahren sowie über die Erfahrungen und Rückmeldungen aus den kreisangehörigen Kommunen an. Dieser solle der Politik als Grundlage für ihre Entscheidung über die Fortsetzung der Arbeit des KI in der bisherigen Personalstärke von 5,5 Stellen dienen. Vorbehaltlich einer weiteren Förderung durch die Landesregierung werde die Verwaltung sich für die Fortführung des Projektes aussprechen. KD'in Heinze verwies auf die beiden Erlasse des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) vom 28.12.16 und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (MSW) vom 13.12.16 und erklärte, die Förderung sei bereits in Aussicht gestellt worden. Darüber hinaus werde ab 2017 eine dauerhafte Aufstockung der Stellen ermöglicht, und zwar im Bildungsbereich um 1,5 sowie im Querschnitt bis zu 3 mögliche zusätzliche Stellen. Die Förderung der Stellen im Bildungsbereich sei zunächst befristet bis zum Jahr 2019, wohingegen die Förderung der Querschnittsstellen unbefristet erfolge. Zudem würde vom MAIS eine jährliche Förderung der Sachkosten für niederschwellige Dolmetscherdienste bzw. Integrationslotsen in Höhe von 50.000,- € angeboten. Allerdings stellten die Ministerien auch neue Aufgabenanforderungen an die KI's. Diese seien im Wesentlichen:

- größere Transparenz, mehr Öffentlichkeitsarbeit, verstärkte Entwicklung von Informationsmaterialien
- Vernetzung und Koordination für ältere Jugendliche und junge Erwachsene
- Interkulturelle Familienarbeit und frühkindliche Bildung
- Interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung

Vor diesem Hintergrund würden derzeit die einzelnen Bedarfe in den kreisangehörigen Kommunen abgefragt. Hierbei zeige sich schon jetzt, dass die große Nachfrage nach allgemeinen Unterstützungsangeboten mit dem vorhandenen Personal nicht abgedeckt werden könne. Darüber hinaus hätten die Kommunen spezielle Bedarfe gemeldet, für die ebenfalls nur wenig oder keine Kapazitäten zur Verfügung stünden. Hierzu zählten insbesondere folgende Themenbereiche:

- frühkindliche Bildung
- Maßnahmen der Schulentwicklung
- Integration in Ausbildung und Arbeit
- Präventionsarbeit gegen Extremismus
- Begleitung und Stärkung des Ehrenamtes
- Unterstützung von Migrantenorganisationen
- Gesundheitsprojekte

*Anmerkung: Die Erlasse des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) vom 28.12.16 und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (MSW) vom 13.12.16 sind der Niederschrift als Anlage 1 und 2 beigelegt und können zudem auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises im Kreistagsinformationssystem aufgerufen werden.*

Für das weitere Vorgehen nach dem heutigen Sachstandsbericht sei geplant, sowohl eine hausinterne Abstimmung als auch eine Abstimmung mit den Vertretern der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorzunehmen. In der nächsten Ausschusssitzung am 27.03.17 würden dem Ausschuss dann seitens der Verwaltung Beschlussvorschläge zur Weiterführung und zum möglichen Ausbau des KI unterbreitet. Letztlich habe der Kreistag in seiner Sitzung am 04.04.17 über das weitere Verfahren zu entscheiden.

Auf die Anregung des Abg. Dr. Fleck, einen Rückführungsbeauftragten des Rhein-Sieg-Kreises beim KI anzusiedeln, entgegnete KD'in Heinze, für den Themenbereich „Rückführung“ sei nicht das KI, sondern das Ausländeramt zuständig.

Anknüpfend daran machte SkB Neuber auf ein Programm der Bundesregierung aufmerksam, welches ab 01.02.17 die Rückführung von Ausreisewilligen mit Hilfe von Zuschüssen für die Rückreisekosten und für eine Starthilfe im Heimatland attraktiver machen solle.

Anschließend gab VA'e Dinstühler anhand einer Power-Point-Präsentation sowohl einen Rückblick auf das vorangegangene Jahr als auch einen Überblick über die Jahresplanung des KI.

Im Anschluss an den Vortrag nutzten Abg. Tandler, Abg. Dr. Fleck und SkB Droste die Möglichkeit, Detailfragen zu stellen. Die Ausschussmitglieder interessierten sich dafür, inwieweit die kreisangehörigen Schulen an Integrationsprojekten im Bildungsbereich beteiligt würden, ob die Kreisverwaltung an der Entwicklung von Integrationskonzepten in den Kommunen beteiligt sei und, ob es noch eine Möglichkeit der Fortführung des Projektes „Bildungskoordinatoren“ gebe.

VA'e Dinstühler führte zu den Nachfragen aus, Bedarfe im Bildungsbereich würden bei den Schulen des Rhein-Sieg-Kreises regelmäßig im Rahmen der Arbeitskreise abgefragt und Projekte dann anhand dieser Bedarfsmeldungen geplant und durchgeführt. Das KI begleite die Kommunen bei der Entwicklung ihrer Integrationskonzepte kontinuierlich, insbesondere an den sog. „runden Tischen“ im Zusammenhang mit Projekten zur Flüchtlingshilfe und zum Ehrenamt, würde das KI regelmäßig teilnehmen. KD'in Heinze berichtete auch unter Bezugnahme auf die Erläuterungen zu diesem Thema in der letzten Sitzung, dass man sich in enger Abstimmung mit dem Schulamt, dem Landrat und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern letztlich gegen die Durchführung des Projektes entschieden habe.

*Anmerkung: Die Power-Point-Präsentation kann auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises im Kreistagsinformationssystem aufgerufen werden.*